

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

4.12.1924 (No. 284)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Preis:
Rt. 258
und 264
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Iswolski, der Haupturheber des Weltkrieges

Schon bisher war bekannt, daß Iswolski, der die russische Außenpolitik als verantwortlicher Minister des Baren in den Jahren 1906—1910 geleitet hat und der von 1911 bis 1914 russischer Botschafter in Paris war, eine der treibenden Kräfte zum Weltkrieg gewesen ist. Durch die neue Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes, die jedoch unter dem Titel „Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914“ in deutscher Übertragung von Dr. Friedrich Stieve herausgegeben wird, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, Unter den Linden 17—18) fällt ein ganz neues Licht auf das verhängnisvolle Wirken dieses zwar weitblickenden und überragenden, aber gleichzeitig ungeheuer gefährlichen und geradezu diabolischen Staatsmannes. Mit unheimlicher Klarheit schält sich das Bild dieses Mannes heraus, der nicht nur der Gründer des Balkanbundes, sondern auch der Schöpfer des Dreierbundes und, wie wir heute wissen, auch der Haupturheber des Weltkrieges wurde.

Wer war eigentlich Iswolski? Bis zu seiner Ernennung zum Außenminister war Iswolski als Diplomat kaum bekannt. Er besaß eine Anzahl von diplomatischen Posten, so in Bukarest, Washington, in Rom, Belgrad, München, Tokio und Kopenhagen. Die allgemeine Aufmerksamkeit erregte er zum ersten Male durch seine starke Gegnerschaft gegen den Feldzug mit Japan und die östliche Orientierung Rußlands. Nach dem unglücklichen Ausgang dieses Krieges wurden ihm im Mai 1906 die Geschäfte des Außenministeriums übertragen. Sofort setzt auch die verhängnisvolle, expansive und kriegerische Tätigkeit Iswolskis ein. Ein glühender Anhänger des Bündnisses mit Frankreich und unversöhnlicher Gegner engerer Freundschaftsbeziehungen mit Deutschland, richtete er alsbald sein Augenmerk auf den Ausbau dieses Bündnisses und dessen Erweiterung zu einer großen Entente. Bereits im März 1906, also ein Jahr, bevor König Eduard VII. von England das bekannte Orient-Abkommen mit Rußland schloß, entwarf er in einer Botschafterzusammenkunft in Paris ein Programm über die künftige Außenpolitik Rußlands. Iswolski bezeichnete es selbst als das Programm, „dessen weitere Entwicklung zu dem unter der Bezeichnung Triple-Entente bekannten System führte“. In konsequenter Verfolgung dieses Zieles strebte er eine Vereinigung des Verhältnisses mit Großbritannien und Japan an. Es gelang ihm, den Baren und seine Ministerkollegen für diese Abwendung von der bisherigen Ost- zur Westorientierung zu gewinnen. Das Ziel wurde fortan die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und seines Bundesgenossen Deutschland. Da man an Österreich-Ungarn nur auf dem Umwege über Deutschland herankommen konnte, so wurde die ganze Stoßkraft der russischen Politik nunmehr gegen Deutschland gerichtet und die Parole der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts: „Der Weg nach Konstantinopel geht durch das Brandenburger Tor“ erneut zum Lösungswort gemacht. Die Kluft zwischen den beiden europäischen Bündnisystemen wird planmäßig vergrößert, die Spannung verdichtet und Italien systematisch vom Dreierbund abgezogen.

Der Weg zur Zertrümmerung der Mittelmächte ging für Iswolski über die Balkanstaaten und damit über den alten Wetterwinkel Europas. Schon kurz nach der Annexion Bosniens hielt er in der Duma eine Rede, in der er den Balkanstaaten den Rat erteilte, sich zu einem Bunde zusammenzuschließen. Als echter Panzslawist machte er sich die großserbische Forderung zu eigen, daß Österreich-Ungarn von der Balkanhalbinsel verdrängt werden müsse. Er war sich klar darüber, daß dies nur möglich war „nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn“. Diese Lösung sollte Rußland zugleich die Gewalt über die Meerengen bringen. Wohl gelang zunächst die Zertrümmerung der Türkei, aber Österreich-Ungarn stand noch unerschüttert da und wurde aufs nachdrücklichste unterstützt von Deutschland. Der Mißerfolg seiner Pläne aus Anlaß der bosnischen Annexionskrisis (1908) und die damalige mangelnde Kriegsbereitschaft und Kriegsfreiwilligkeit Frankreichs und Englands veranlaßten Iswolski, 1910 seinen Abschied als Außenminister einzureichen und dahin zu gehen, wo

seine Bemühungen zur Entfaltung eines Weltkrieges und zur Zertrümmerung des mitteleuropäischen Bollwerks am ehesten Erfolg versprachen, nach Paris. Ernest Judet hat in der „Humanité“ das eigentliche Motiv für den Wechsel Iswolskis mit folgenden Worten gekennzeichnet:

„Um die heilsame Krisis auszulösen, um die europäische Politik zum Punkte des Bruches zu führen, ist es wirkungsvoller, in Paris als in St. Petersburg zu arbeiten.“

Und nun, nachdem Iswolski nach Paris gelangt war, beginnt jenes intime Zusammenspiel zwischen dem russischen Botschafter und den französischen Staatsmännern, und unter diesen in erster Linie mit Poincaré, ein Zusammenspiel, das bis zu den verhängnisvollen Juli- und Augusttagen des Jahres 1914 angehalten hat. Beide Staatsmänner hatten nur ein Ziel, die „möglichst lückenlose Vorbereitung des Kampfes gegen die Mittelmächte.“ Beide hatten, wie wir aus der oben erwähnten Dokumentensammlung entnehmen, den Gedanken an den europäischen Krieg „in einem erschreckend hohen Grade“, wie Dr. Stieve sagt, in ihrem Willen aufgenommen. Die Vorbereitung dieses Ernstfalles ging bis zu den kleinsten Kleinigkeiten, so u. a. bis zur Ausarbeitung von Maßnahmen betreffend die Herstellung einer drahtlosen Verbindung zwischen Paris und Petersburg.

Die russischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges

In dem Kampf zur Widerlegung der Lüge von der deutschen Kriegsschuld, wie sie im Artikel 231 des Versailler Diktates und seiner Begründung im Ultimatum vom 16. Juni 1919 enthalten ist, haben die bisherigen Aktienpublikationen des Deutschen Auswärtigen Amtes ganz ausgezeichnete Dienste geleistet. Bei diesen Publikationen sind die gesamten Aktenbestände aus den deutschen Staatsarchiven herangezogen worden. In der Zwischenzeit sind nun eine ganze Reihe von neuen Veröffentlichungen aus den Geheimarchiven des zaristischen Rußlands erfolgt, teils in Zeitungen und Zeitschriften, teils in größerer Menge in Gestalt von Urkundenmänglungen. Dieses Material, das für die Erforschung der Kriegursachen in Frage kam, war also reichlich verstreut und die wissenschaftliche Handhabung dadurch erheblich erschwert. Außerdem war ein Teil der Publikationen nur in russischer Sprache herausgekommen. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, den vorliegenden Stoff zu ordnen und unter bestimmte Gesichtspunkte zu bringen. Diesen Zweck erfüllt das neu oben erwähnte Aktenwerk des Auswärtigen Amtes.

Die Sammlung umfaßt 1374 Dokumente, darunter 556 völlig neue, bisher nicht veröffentlichte, aus dem russischen Originalaktenurtext unmittelbar übertragene Dokumente. Diese letzteren waren auch in russischer Sprache bisher nicht veröffentlicht, stellen also ein absolut neues Material dar.

Die neue Dokumentensammlung behandelt die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland vom 1. Januar 1911 bis zum 30. Juni 1914, also innerhalb des dem Weltkrieg unmittelbar vorhergehenden Zeitraumes. Sie ist streng chronologisch geordnet und darf unbedingt den Anspruch auf Zuverlässigkeit machen. In solcher Vollständigkeit gab es bisher keine Urkundenmänglung über alle Momente und Ereignisse, die die unmittelbar zum Weltkrieg treibenden Kräfte beleuchteten. Wir gewinnen aus ihr einen tiefen Einblick in die politische Werkstatt, in der abseits vom Licht des Tages mit äußerster Kaltblütigkeit und zielbewusster Sicherheit die diplomatischen Fäden zur Einkreisung der Mittelmächte gesponnen und gezogen wurden.

Unter den Ententediplomaten, die in so verhängnisvoller Weise auf den Weltkrieg hingearbeitet haben, haben sich besonders zwei heraus: der Russe Iswolski und der Franzose Poincaré. Die vorliegende Dokumentensammlung zeigt in erschütterter Weise, wie diese beiden Staatsmänner in dem Gah gegen Deutschland sich gefunden und zu enger Zusammenarbeit in kriegerischer Absicht sich zusammengeschlossen haben. Schritt für Schritt können wir an Hand dieser Sammlung das Zusammenspiel zwischen beiden Diplomaten und die wechselseitige Verknüpfung der französisch-russischen und der französisch-russisch-englischen Politik verfolgen. Das Ziel dieser Diplomaten war die Zertrümmerung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Planmäßig

haben sie, wie Ernest Judet in der „Humanité“ schreibt, den ursprünglich defensiven Charakter des Zweibundes gefährdet und „aus einem rein defensiven Vertrag eine Angriffsmaschine gemacht“.

Politische Neuigkeiten

Der Reparationsagent und die 26prozentige Abgabe

Wie die „Voss. Zeitung“ erzählt, vertritt der Generalagent für die Reparationszahlungen, Gilbert, die Auffassung, daß selbst wenn es zwischen Deutschland und England oder zwischen Deutschland und Frankreich zu irgendwelchen Vereinbarungen über die 26prozentige Reparationsabgabe kommen sollte, er die Zahlungen aus der Recovery-Abgabe nicht zu ersetzen brauche und sie auch nicht ersetzen werde. Das Festhalten dieses Standpunktes betrachtet Gilbert als den wichtigsten Punkt seines augenblicklichen Programms. Er betonte, daß nur zweierlei eintreten könnte, so lange er sich weigere, die Summe zu ersetzen, die die Entente mit Hilfe des Recovery act gesammelt habe. Entweder könnte Deutschland seine Warenausfuhr nicht mehr aufrechterhalten, was das Ende des Dawesplanes bedeuten würde, oder die Ententemächte müßten das System der Sonderbelastung der deutschen Ausfuhr aufgeben.

W.D. London, 4. Dez. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parter Gilbert, erklärte in einer Unterredung, es sei nicht seine Sache, ob die Engländer und Franzosen die 26prozentige Abgabe einzuziehen oder nicht. Er fuhr fort: Was ich jedoch weiß ist, daß das so angesammelte Geld unter unserer Kontrolle stehen müßte. Jetzt wird das Geld an das britische Schatzamt gezahlt, während es nach meiner Ansicht auf ein Konto auf unseren Namen bei der Bank von England eingezahlt werden müßte. Es würde dann unsere Sache sein, es zu transferieren.

Die Klärung der 1. Zone

W.D. London, 4. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt unter Hinweis auf die erste Beunruhigung in Deutschland über Gerüchte, daß die britische Besetzung Kölns möglicherweise über den 10. Januar hinaus verlängert würde, sowie unter Hinweis darauf, daß nach deutscher Ansicht eine längere Besetzung, ein glatter Bruch und eine Verletzung der ersten Verpflichtung des Vertrages, den die Alliierten zu erfüllen hätten. Dies würde zweifellos so sein, wenn am 10. Januar gesagt werden könnte, daß Deutschland im wesentlichen alle seine Verpflichtungen bezüglich der Reparationen und der Entwaffnung erfüllt habe. Bevor aber der Bericht der Militärkontrollkommission vorliege, sei es unmöglich zu sagen, ob Deutschland wirklich die Zurückstattung der Kölner Zone beanspruchen könne oder nicht. Aber angenommen, Deutschland könne sich sowohl bezüglich der Reparationen als auch der Entwaffnung rechtfertigen, so würden immer noch Gründe für ein besonderes und freiwilliges Protokoll außerhalb des Vertrages vorhanden sein, wodurch Deutschland eine endgültige Klärung des Ruhrgebietes z. B. im April statt August erhalten könne zum Austausch gegen seine Zustimmung zu einer Verlängerung der britischen Besetzung Kölns für weitere drei bis vier Monate. — Der Berichterstatter erklärt, eine derartige Transaktion sollte von den Deutschen begrüßt werden, und da diese außerhalb des Vertrages stünde, würde sie nicht die Vertragsrechte bezüglich der darauffolgenden Klärung der zweiten und dritten Zone präjudizieren.

Phantastische Behauptungen des polnischen Kriegsministers

Der polnische Kriegsminister Sikorski stellte im polnischen Sejm zur Rechtfertigung seines Nachtragsbudgets für das Heer eine Reihe von phantastischen Behauptungen über deutsche Mütungen, Manöver usw. auf. Demgegenüber wird von zuständiger Berliner Seite festgestellt, daß die sogenannten Manöver, die durch das Fehlen von Tanks und großem Kriegsmaterial auch dem Reichsland die Abrüstung Deutschlands klar zeigten, in Übungen kleinerer Verbände außerhalb der Truppenübungsplätze bestanden haben. Die Meldungen über russisch-deutsche Flottenmanöver, die von Polen aus in die Welt gesetzt wurden, kurz bevor Sikorski sich in Paris die französische Unterstützung zum Ausbau Gdingens als U-Bootbasis und Flottenstützpunkt gesichert hatte, sind bereits so oft als Märchen gekennzeichnet worden, daß sie guten Glaubens schwerlich mehr vorgebracht werden können. Wenn Sikorski zur Begründung der neuen polnischen Mütungsansätze zu solchen Argumenten greifen muß, so zeigt dies, daß die Forderungen des polnischen Militarismus jedes sachlich gerechtfertigte Maß überschreiten.

Sadoul in Paris?

W.D. Paris, 4. Dez. Gestern abend war das Gerücht verbreitet, daß der zum Tode verurteilte zu den Bolschewisten übergegangene ehem. franz. Hauptmann Sadoul, der eine offizielle Stellung in Moskau einnimmt, in Paris angekommen sei. Sadoul war von der Kammer amnestiert worden, der Senat hat jedoch am 18. November mit 189 gegen 4 Stimmen seine Amnestierung abgelehnt. Infolgedessen hat die Regierung den Befehl erteilt, Sadoul zu verhaften, wenn er französischen Boden betrete. Die Polizei ist eifrig damit beschäftigt, seinen Aufenthalt ausfindig zu machen. Er soll auf Wunsch der kommunistischen Partei nach Paris gekommen sein. Nach dem „Echo de Paris“ soll sich Sadoul vom Nordbahnhof zu dem kommunistischen Abgeordneten Berthou begeben

Hohen, der von Beruf Advokat ist. Er habe Sadoul mitgeteilt, daß er als naturalisierter Russe zum Personal der neuorganisierten Bottschaft der Sowjetregierung gehöre. Er glaube, daß angesichts seiner Exterritorialität man gegen ihn nicht vorgehen könne. — Wärendere Berichte — so erklärt das „Echo de Paris“ — behaupten, er habe die Absicht, sich der französischen Justiz zur Verfügung zu stellen, damit das gegen ihn ergangene Urteil in einem neuen Prozeß nachgeprüft werde.

Die Jahresbotschaft Coolidges

In der Jahresbotschaft an den Kongreß erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, die Summen, die das Ausland den Vereinigten Staaten schulde, belaufen sich auf etwa 12 Milliarden Dollar. Er sei gegen die Annulierung dieser Schulden und glaube, daß es im Interesse der Wohlfahrt der Welt liege, daß sie liquidiert und so schnell wie möglich bezahlt würden. Er trete durchaus nicht für Zwangsmassnahmen ein, sei jedoch der Meinung, daß das entlehnte Geld zurückgezahlt werden müsse, da sonst in Zeiten der Not kein Kredit mehr erwirkt werden könne. Außerdem bestände die moralische Verpflichtung zur Rückzahlung, die Amerika nicht ignorieren und der sich andere Länder nicht entziehen können.

Bei der Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten erklärte Coolidge, er sei gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund und für die Beteiligung an dem künftigen internationalen Gerichtshof. Er fordere im Interesse einer Regelung der europäischen Angelegenheiten die Mitarbeit von amtlichen Stellen und Privatpersonen zur Durchführung des Dawesplans. Über die Verminderung der Rüstungen sagte der Präsident, er gedente wegen der neuen Konferenz über diese Frage an die auswärtigen Mächte heranzutreten, wolle jedoch, da bereits Vorschläge über die europäische Konferenz von den anderen Regierungen gemacht wurden, zunächst das Ergebnis dieser Aktion abwarten. Nach wie vor wünsche er, daß Amerika in seinen innerpolitischen Angelegenheiten vor Einschränkungen und Eingriffen bewahrt bleibe. Er wünsche nicht, Vertreter zu der Konferenz zu entsenden, die die Handlungsfreiheit Amerikas beeinträchtigend Verpflichtungen beraten werde. Amerika müsse eine Politik treiben, die sich mit den anderen Nationen im Geiste der Freundschaft und der Verständigung befaße. Jede Nation, die ein militärisches System mit aggressiven imperialistischen Zielen aufrecht erhalte, werde sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt ernstlich benachteiligt finden.

Kurze Nachrichten

Die internationalisierte Militärkontrollkommission wird, wie der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ zu wissen glaubt, ihre jetzige Inspektion erst am 20. Dezember beenden. Es seien darauf mehrere Wochen erforderlich, um den Bericht auszuarbeiten, und in diesem Augenblick werde die deutsche Regierung erkennen, daß ihre Auffassung über das befriedigende Ergebnis der Inspektion nicht von jedermann geteilt werde.

Gewerkschaften und Handelsvertragsverhandlungen. Den Spitzengewerkschaften aller Richtungen ist, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung, den Wünschen der Gewerkschaften entsprechend, zu künftigen Handelsvertragsverhandlungen auch Vertreter der Gewerkschaften hinzuziehen will. Die Spitzverbände sind aufgefordert worden, ihre Vertreter zu benennen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Die „Nouvelles Industrielles“ teilt mit, daß die deutschen Sachverständigen für Chemie- und Textilindustrie in den nächsten Tagen in Paris erwartet werden, um die Diskussion über die Tariffragen für jede Industrie zu beginnen. Nach dem gleichen Blatt werden die Sachverständigen für die Schwerindustrie bereits am Donnerstag wieder in Paris eintrifften, um über die Ergebnisse ihrer Beratung mit ihren Industriellen Bericht zu erstatten.

Die Gegenläufe unter den Böllischen. Wie die Münchener Blätter melden, haben sich die Gegenläufe innerhalb der Fraktion des Böllischen Blatts weiter verschärft, so daß der Austritt des Abg. Bühner und zweier seiner Fraktionskollegen nicht mehr zu verhindern ist. Die Ausscheidenden werden sich den Deutschnationalen anschließen.

Berufung im Prozeß Jawurek. Den Wiener Blättern zufolge, legte der Staatsanwalt gegen das Urteil im Prozeß Jawurek, dem Attentäter gegen den österreichischen Bundeskanzler, wegen zu geringen Strafmaßes Berufung ein.

Die englischen Liberalen. Eine Versammlung der liberalen Unterhausmitglieder unter dem Vorsitz Lord George nahm, wie aus London gemeldet wird, eine Resolution an, in der erklärt wird, die Opposition werde auf die dringend notwen-

digen sozialen Reformen, welche die Regierung versprochen habe, drängen und bei ihrer Erledigung mithelfen, aber jeder Maßnahme, die mit den liberalen Grundgesetzen nicht übereinstimme, einen hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen.

Herabsetzung der Dienstzeit in Frankreich. Kriegsminister Nollet hat gestern im Kammerauschuß für das Heereswesen nach dem „Petit Parisien“ erklärt, daß in dem in Bearbeitung begriffenen Gesetzentwurf über die Reorganisation des Heeres eine Herabsetzung der Dienstzeit vorgesehen sei. Es bestünde sich jedoch von selbst, daß dadurch die Anzahl der Einberufenen für die Reserve nicht nur beibehalten, sondern vermehrt werden müsse.

Die Unruhen in Spanien. Das oberste Kriegsgericht in Madrid hat von den vier Hauptverurteilten der Unruhen in Vera, die von dem Kriegsgericht in Cambelune feinerzeit freigesprochen wurden, drei zum Tode verurteilt und den anderen freigesprochen. Die Offiziere des Kriegsgerichts in Cambelune, die den Freispruch getan hatten, sind mit einem Monat Arrest bestraft worden. — Die Gouverneure der Provinzen Guipuzcoa und Navarra haben die Grenzüberwachungsmaßnahmen auf allen strategischen Punkten verstärkt, da man das Eindringen aufrührerischer Elemente in Spanien befürchtet.

Brasilien will die Einwanderung von Japanern sperren.

Aus der Wahlbewegung

Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach über staatsbürgerliche Politik

Der badische Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach sprach am 1. Dezember in Halle vor etwa 1200 Männern und Frauen über die Wege und Ziele demokratischer staatsbürgerlicher Politik. Er führte der „Voss. Ztg.“ zufolge u. a. aus:

Das deutsche Volk hätte besonders nach der Schaffung des Deutschen Reiches daran getankt, daß sich der einzelne für die Fragen der Politik nicht interessiert habe, sondern daß er geglaubt habe, diese Dinge den wenigen Berufspolitikern überlassen zu können. Die industrielle, wirtschaftliche, geistige und künstlerische Entwicklung Deutschlands sei in den letzten 50 Jahren bis zum Ausbruch des Weltkrieges so rapide vor sich gegangen, daß den Bürgern es nicht einmal in den Sinn kam, darüber nachzudenken, ob auch die politische Führung in derselben für Deutschland so erfreulichen Weise vor sich ging. Jetzt, wo durch die Verfassung von Weimar jeder Deutsche die Möglichkeit hat, in die Politik seines Landes aktiv einzugreifen, sei Politik auch für Deutschland zum Schicksal geworden. Bisher habe der Deutsche sein politisches Schicksal nicht selbst gemacht. Der 7. Dezember werde nur über eine einzige, einfache, aber große Frage entscheiden, ob jeder einzelne Deutsche in Zukunft das Schicksal seines Landes mitbestimmen will oder ob er die Zukunft seines Landes einigen wenigen anvertrauen wolle. Stresemann habe in Karlsruhe in seiner Rede ein Wort gesprochen, das von allen Menschen, die für eine freiheitliche Entwicklung eintreten, nur unterschrieben werden könne. Das sei das Wort, daß man nur vorwärts bilden dürfe. Man solle sich nicht von den Leuten, die sozusagen „politische Engelwäcker“ sind, einlassen lassen in dem Verlangen, die Zeit von früher wieder aufzuerstehen zu lassen. Man könne Pietät haben für eine vergangene Zeit. Aber diese Pietät schließe durchaus nicht den Wunsch in sich ein, diese Zeit noch einmal zu bekommen. In der Politik sei es bisher immer so gewesen, daß das, was vorüber sei, nie in der gleichen Form wiederkomme. Hellpach schloß sich in diesem Zusammenhang sehr stark mit den Deutschnationalen auseinander und erklärte, daß der Vergleich zwischen englischen Konservativen und Deutschnationalen sehr beschämend für die Deutschnationalen ausfalle. Die englischen Konservativen hätten sich niemals gegen den Fortschritt gestimmt, sie hätten immer rechtzeitig den Forderungen und Wünschen der Allgemeinheit, wenn sie an der Regierung waren, Rechnung getragen. Neben allem Guten, das in der Zeit von 1870 bis 1914 vom kaiserlichen Deutschland geschaffen worden sei, dürfe man doch nicht vergessen, daß besonders in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriege durch den wilhelmischen Geist, der sich in der Anebelung freier staatsbürgerlicher Meinungen und andererseits in der Hochachtung von geistigem Latentium dokumentierte, der Reim zum Zusammenbruch dieses Regimes gelegt worden ist. Es sei unverständlich, wie jem und für diesen Geist eintrete, für jenen Geist, den die prominentesten Politiker ihrer Zeit, wie Bethmann-Vollweg, Tirpitz, Waldersee, wie sich jetzt aus ihren Memoirenbüchern heraus-

stellt, schon damals als verderblich für die Entwicklung Deutschlands erkannt hatten. Gegen diesen Geist müßte die ganze Nation mit dem furor teutonikus aufstehen.

Präsident Hellpach schloß mit einem Zitat Reuters, das, wie er sagte, der Leitstern jedes deutschen Staatsbürgers sein müßte: „Die Tat sei mein, der Segen dein, frei sollst du sein, frei sollst du sein.“

Die Ausführungen des Staatspräsidenten Prof. Dr. Hellpach in der geistigen Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im Konzerthaus zu Karlsruhe bewegten sich in ähnlichen Gedankenengängen; er fand minutenlangen stürmischen Beifall. Die Politik sei jetzt das Schicksal des deutschen Volkes und dieses müsse sich stark machen für den schweren Weg vorwärts, den es noch zurücklegen habe. Wie eine starke Persönlichkeit nicht willenlos das Schicksal über sich kommen lasse, sondern versucht es zu meistern, so sei es auch mit dem Schicksal der Völker, die alles daran setzen müßten, um es sich selbst zu gestalten. Wie wir schon seit den 90er Jahren dem Abgrund zutrieben, das lassen die Memoiren damals führender Männer erkennen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, bis vielleicht eine Genie aufsteht und uns rettet, sondern jeder einzelne muß selbst an der Gestaltung des deutschen Schicksals mitarbeiten. An englischen und französischen Beispielen wie Disraeli und Gambetta zeigte Prof. Dr. Hellpach, wie es nicht darauf ankomme, aus welchem Stand der betreffende Staatsmann komme und woher er stamme, sondern was er könne. Das andere sei nichts als eine erbärmliche, elende Spielerei, von der Deutschland nicht loszukommen scheine. Auch mit „Parteilosigkeit“ kommen wir nicht weiter, das politische Leben kann nur in solchen Formen, die wir als Parteien bezeichnen, einen Halt finden. Gerade für den Deutschen handelt es sich darum, eine politische Überzeugung sich zu bilden, und die Zivilcourage, den Mut aufzubringen, mit einem politischen Bekenntnis in die Öffentlichkeit zu treten. Nicht die ausgesprochene Parteipresse, auch nicht die Rechtspresse sei es übrigens gewesen, sondern sogenannte „parteilose“ Blätter, welche den Wahlschwund mit dem gefälligen Peritotememorandum verbreitet haben. Wenn man von Wahlmüdigkeit spricht, so kann das nur bedeuten, die Deutschen seien müde, sich innerlich auf die Wahlen vorzubereiten. Nicht nur der erwachsene Wähler müsse an seiner politischen Fortbildung arbeiten, er müsse auch seine Kinder zum staatsbürgerlichen Denken erziehen. Keine Unterrichtsverwaltung, keine Behörde könne hier das Elternhaus ersetzen. Nicht genüge es, daß das deutsche Volk auf allen Gebieten des Geisteslebens, in Wissenschaft und Technik Fortschritte mache. Zur Zeit des Klassizismus vor mehr als hundert Jahren hatte die ganze Welt eine ungeheure Achtung vor der deutschen Geistesarbeit, aber dennoch hat damals Napoleon das deutsche Volkstum mit Füßen getreten, weil es politisch ihm nichts entgegenzusetzen hatte. Der Deutsche muß neben seinen anderen guten Eigenschaften, welche ihn seit jeher ausgezeichnet haben, auch politische Eigenschaften in sich entwickeln. Ohne sie werden wir keine nationale Zukunft haben. Wir müssen den wahren Bürgerstolz haben und das Wort des Selbstherrschers Ludwigs XIV. auf uns anwenden: „Der Staat bin ich“. Wer mit diesem Bewußtsein seinen Zettel in die Wahlurne legt, wird das Rechte treffen.

Vor dem Staatspräsidenten sprach der bisherige württembergische Abgeordnete Theodor Geuß, Direktor der Hochschule für Politik in Berlin, vor allem über aktuellpolitische Fragen. In seinem oft mit echtem schwäbischen Humor durchsetzten, sehr interessanten Vortrag erklärte er u. a., es sei notwendig, daß die Deutschnationalen auch im Reich einmal an die Regierung kämen. Es sei aber zu wünschen, daß dies recht spät geschehe, da die Deutschnationalen Partei erst noch durch die Schule der Verantwortung gehen müsse. Jetzt seien die Deutschnationalen in ihrer württembergischen Heimat erst in den Elementarunterricht eingetreten. Man glaube, daß die Politik der neuen Regierung ein Schafspartisches Königsdrama werde. Was aber herausgekommen sei, sei ein recht bürgerliches Schauspiel mit viel Kabale und wenig Liebe geworden. Wenn es auch im Vereinsleben üblich sei, Opponenten gern in den Vorstand zu bringen, um sie still zu machen, so sei dies doch in der Reichspolitik eine andere Sache. In ausführlicher Weise setzte sich der Redner besonders mit einer Reihe gegen die Demokratische Partei erhobener Vorwürfe auseinander, dabei u. a. die Auflösung des Reichstages, die Stellung zur Sozialdemokratischen Partei, die Flaggenfrage streifend; die Deutsche demokratische Partei kämpfe gegen die Sozialdemokratie überall dort, wo sie von der sozialistischen wirtschaftlichen Auffassung eine Bedrohung unserer vaterländischen Wirtschaft erwarte. Zur Zeit vor der Reichstagsauflösung habe die Demokratische Partei jedenfalls mit der Sozialdemo-

Vom Haus zum Vaterland*

Wohnen bedeutet: einen Innenraum nicht nur als bergend und weidmütig zu empfinden, sondern auch seine Masse, Hausgerät und Herdwerk in ihrem Eigenwert und Beschäftigungsverhältnis im Gefühl zu tragen. Je größer die Kulturkraft des Einzelnen, desto weiter reicht diese „Durchwohnungs“-Fähigkeit. Ein Haus, ein Zimmer hat einer erst, wenn er Raum und Wand, Gemälde und Schmuck lebendig spürt; ein Heim, wer ein ganzes Gebäude mit dem Organismus seiner Räume, Maße, Einrichtungen, auf das eigene Seinsgefühl bezogen, lebendig in sich trägt. Ähnlich ist's mit einer ganzen Ordnung von Häusern, Straßen, Plätzen, einem Organismus von öffentlichen Gebäuden. Erst wer so eine ganze Stadt mit ihrem lebendigen Verhältnis seelisch durchsieht und als Organ des Selbstausdrucks besitzt, hat eine Vaterstadt. Und ein Vaterland, wer schließlich mit der lebendigen Wirklichkeit eines ganzen Landes verwaht. Mit solchen schönen, tiefen Worten hat ein deutscher geistiger Führer der Gegenwart, Romano Guardini, den tieferen Sinn des „Wohnens“ umschrieben und zugleich die Verbindungslinien gezeigt, die vom Heim zum Heimatland, vom Vaterhaus zum Vaterland hinüberführen. „Wohnen“ ist darnach nicht einfach ein passives Tun, ein Sich-Aufhalten in bestimmten Räumen, ein Verweilen, ein Verweilen bestimmter Möbel und Einrichtungen. Wohnen heißt, einen bestimmten Umkreis materieller Dinge (Räume, Möbel usw.) seelisch durchdringen und in ihm das geistige Wesen des Bewohners bildkräftig darstellen. Dahinter steht die allgemeine Auffassung, daß, wie der Leib des Menschen nicht bloß Leib, Stoff, Materie bleiben, sondern zum Bild der Seele werden soll, so auch alles Stoffliche überhaupt von den Bildkräften des Geistes ergriffen werden und etwas Geistiges darstellen muß. Es ist die heilige Mission des Menschen, die Erde samt ihren Geschöpfen und Kräften nicht bloß zu nutzen, sondern in ihre feinen Geister zum Sieg bringen und sie zum Leibe des Geistes zu machen. Der Mensch „bewohnt“ die Erde erst dann, wenn

er diese seine künstlerische Sendung auf ihr erfüllt hat. Wohnen ist also etwas Aktives, es ist ein Schaffen, ein Ergreifen, ein Auswirken u. Einwirken, ein Ordnen, ein Bilden, ein künstlerisches Walten u. Schalten, ein Durchgehen u. Beleben der Dinge. Ja, es ist ein ständiges Erwerben und Erzingen, ein Vorbringen und Erleben, bei dem das Gewonnene nicht mit Geld, sondern mit Seele und Tätigkeit bezahlt wird. Das „Wohnen“ wird so ein Teil jener großen, umfassenden Organisation der Erde, die dem Menschen obliegt, und zu dieser Art des „Wohnens“ sollen wir uns und die Mitmenschen unaufhörlich ermutigen. Es ist Kräftigkeit, es ist Bequemlichkeit, es ist ein Vertragen vor einer hohen menschlichen Aufgabe, wenn wir unser Heim nicht zu „bewohnen“, ja fast möchte ich sagen: nicht zu „erwöhnen“ wagen. Wir schaden damit vor allem uns selber. Denn vom Heim geht es weiter zur Stadt und von der Stadt zum Vaterland. Wer die Bildkräfte seines inneren Wesens nicht zunächst in eigenen Heim kräftig übt, der kann erst recht nicht zu einer ihm gehörigen Heimatstadt und zu einem Heimatland kommen. Wir sollen wissen, daß uns keine Art Heimat in den Schoß fällt. Wir müssen ihr mit liebender und tätiger Seele entgegenkommen, dann erst werden aus Wänden Räume, aus Möbeln Hausgenossen, dann erst werden aus Häuserreihen Straßen, aus Straßengefügen besetzte Ortschaften, aus Menschen Mitmenschen. — Dann erst werden aus Bergen und Ebenen, aus Eisenbahnen und Landstraßen, aus Fabriken und Schulen, aus Kindern, Männern und Greisen, aus Vornehmen und Geringen, aus Geschichte und Politik, aus Wissenschaft und aus Kunst jene anderen, jene höheren, feinsten Dinge, die wir in ihrer herrlich-geheimnisvollen Fügung und Befehlung im Namen des „Vaterlandes“ zusammenfassen. Wer gelernt hat, sein Heim seelisch zu durchdringen, der wird auch imstande sein, sich Heimatstadt und Vaterland zu erwöhnen. So ist also auch hier das Kleine mit dem Großen, das Private mit dem Allgemeinen auf lebendige Weise verbunden. Wieder erweist sich, daß Kultur des Wohnens keineswegs eine bloße Angelegenheit des Einzelnen, oder des Ästhetischen oder des Besitzenden ist, sondern daß alle zu ihr berufen sind, und daß sie zu den ehrenwürdigsten menschlichen Angelegenheiten in einer geheimen und unaussprechlichen Beziehung steht.

Wilhelm Michel.

Eine Weihnachtsfreude für Bücherfreunde! Der Deutsche Meister-Bund, Geschäftsstelle München, Rosendammstraße 10, hat zugunsten seiner Mitglieder eine bedeutende Preisermäßigung beim Deutsche Meister-Verlag auf die in diesem Verlag erschienenen „Bücher der Deutschen Meister“ erwirkt, damit alle Volksgenossen in die Lage versetzt werden, zu diesem wohlfeilen Preise für sich oder zu Geschenkwürden einige oder alle Bände aus der Deutsche Meister-Reihe zu erwerben. Nun können „Die Bücher der Deutschen Meister“, die in besonders schönem und dauerhaftem Gewande gebunden sind, zu diesem Weihnachtsfest selbst in das kleinste Haus Eingang finden, und das wunderbare Erbe offenbaren, das uns die deutschen Dichter und Denker hinterlassen haben. Hervorgehoben muß werden, daß der Deutsche Meister-Bund nur in enger Gemeinschaft mit dem Sortimentsbuchhandel arbeitet, da er es für seine vornehmste Pflicht hält, ihn nicht auszuschalten.

Zeitschriftenschan

Die Kunst. Monatshefte für freie und angewandte Kunst, Vierteljährlich 6 Mark. München, F. Brudmann u. Co. — In besonders reichem und interessantem Wechsel der Illustrationen und lehrreichen Darstellungen zeigt sich das eben erschienene Novemberheft dieser prächtigen Münchner Monatschrift für bildende Kunst. Einer interessanten Rückblick zum 88. Geburtstag des inzwischen verstorbenen Meisters Hans Thoma schließt sich als erster der illustrierte Aufsatz über den Bildbauer Fritz Huf an. Ein weiterer illustrierter Aufsatz behandelt die XIV. Internationale Kunstausstellung in Venedig. Es folgen dann Architektur und Innenräume der Architekten Paul Nubers-Berlin und E. Haiger in München, ein Aufsatz über islamische Bucheinbände, ein solcher über altägyptische Grabkammern und endlich eine entzückende kleine Publikation über die gartenphantastischen Gebilde aus Glas der Werkstätte „Bimini“ in Wien.

Gesundheitskalender 1925: Ein beratender und maßgebender Freund ist der von der Verlagsgesellschaft „Gesundheitskalender“, München, herausgegebene Gesundheitskalender. Er erinnert bald belehrend, bald unterhaltend, hier mit wichtigem Wort, dort mit launigem Bild.

* Aus dem Dezember-Heft der von Hofrat Dr. Alexander Koch herausgegebenen, reichillustrierten Zeitschrift für Wohnungskultur „Innen-Decorations“ — Verlagsanstalt Alexander Koch, G. m. b. H., Darmstadt (Einzelheft 2,50 M.).

Fratischen Partei weder am Tag noch in der Nacht so verhandelt, wie die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen. Gütig im November 1918 der damalige Volksbeauftragte, der Opreuze Gaase gegenüber der österreichischen Delegation nicht eine gewisse politische Instinktslosigkeit bewiesen, so wäre wahrscheinlich, wenn auch nur auf einige Zeit, Österreich mit Deutschland vereinigt gewesen. Es wäre eine bedeutsame, durch nichts aus der Welt zu bringende historische Tatsache geschaffen worden und Schwarz-Rot-Gold wäre die Protektfarbe gegen Versailles geworden. Die Demokraten schmähden nicht, wie das die Rechtsparteien gegenüber Schwarz-Rot-Gold tun, die Farben Schwarz-Weiß-Rot, deren geschichtliche Bedeutung sie anerkennen. Der Redner erinnerte auch daran, daß die bayerische Regierung 1870 den Antrag gestellt hatte, die Farben Schwarz-Rot-Gold zu den Reichsfarben zu machen, was an der Ablehnung Bismarcks scheiterte.

Badischer Teil

Disziplinarverfahren gegen Herrn Landrat Schaible

Der „Schwäbische Merkur“ nimmt in seiner Nr. 290 vom 3. Dezember Stellung zu dem gegen den Hausmeister des Bezirksamts Karlsruhe und gegen Herrn Landrat Schaible eingeleiteten Disziplinarverfahren. Veranlassung zu dem Verfahren war bekanntlich der ungebührliche Vorgang des Kochens von Essen für Inhaftierte auf einem Gasföcher, welcher einer in einem Abort befindlichen Gasleitung unbedenkungsweise angeschlossen war. Die Gasleitung im Abort hat anderen Zwecken zu dienen; Gasföcheranlage ist in der Küche der Hausmeisterwohnung vorhanden. Der Minister des Innern hat ohne Ansehen der Personen nach Bekanntwerden dieser ungebührlichen Übung gegen den Hausmeister das Disziplinarverfahren eröffnet; er mußte wohl oder übel zum Zwecke der Prüfung der Frage, ob der Herr Amtsvorstand seine Dienstaufsicht richtig ausgeübt habe, das Disziplinarverfahren auch auf diesen ausdehnen. Wäre der Herr Amtsvorstand seit Eröffnung des Disziplinarverfahrens erreichbar gewesen (er befindet sich zurzeit als Reichstagskandidat auf der Bahlagitation), dann würde das Verfahren bereits abgeschlossen und erledigt sein. Es handelt sich hierbei nicht um einen unbilligen Akt gegen den Herrn Amtsvorstand Schaible, sondern lediglich um eine formale Erledigung des unangenehmen Vorfalls. Die vom „Schwäb. Merkur“ geforderte Objektivität ist nur zu wahren, wenn in unparteiischer Untersuchung festgestellt wird, was gewesen war. Mit der Untersuchung ist ein höherer Ministerialbeamter betraut. Das Untersuchungsergebnis wird einer Ministerialkonferenz unterbreitet, so daß dem Minister schon aus diesem Grunde gar keine Möglichkeit geboten ist, in unangemessener Weise Stellung zu dieser Angelegenheit zu nehmen.

Was das „Karlsruher Volksblatt“ in Nr. 250 zu dieser Angelegenheit bemerkt, ist von so böswilliger Unterstellung diktiert, daß sich ein weiteres Eingehen hierauf erübrigt. Das gegen die republikanische Staatsform und deren verantwortliche Männer führt in diesem Blatte die Feder; das auch darüber, daß eine gewisse dünne Schicht des Volkes nicht mehr so wie ehemals sich allein berufen können darf, Staatsdienst zu leisten, löst solche Ungezogenheiten aus, von welchen man sich nur mit einem Gefühl des Ekels abwenden kann.

Ein Obermeistertag der Fleischerinnungen des Bezirksvereins Baden

(im deutschen Fleischerverband) fand in Offenburg statt. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Stadtrat Koch-Heidelberg, eröffnete die Tagung und führte anschließend in längerer Darlegung u. a. aus, bezüglich der Frage der Viehhandels- und Großhandelsverkaufs sei eine Eingabe an die betreffende behördliche Instanz gerichtet worden und es sei in Würde mit der Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen zu rechnen. Zur Besserung der Fleischversorgung Badens haben die Fleischerinnungen sich verschiedentlich wegen der Ausfuhr von Schlachtvieh nach der Schweiz bei der Regierung beschwert, jedoch die Antwort erhalten, daß der Staat mit Rücksicht auf die noch stehenden Frankenscheiden Gegenwerte ausführen müsse. Die badische Fleischsteuer bedeute eine Verteuerung des Fleisches, ein Abbau derselben könne wesentlich zur Verbilligung dieses wichtigen Nahrungsmittels beitragen. Der Redner war sodann bemüht, nachzuweisen, daß das Fleisch gegenüber anderen Warengruppen oder beispielsweise antiken Gebäuden immer noch billiger sei. Die Aufhebung der Preisprüfungsstellen sei ebenfalls erstrebt worden, jedoch habe sich die Regierung diesen Bestrebungen der Fleischerinnung gegenüber ablehnend verhalten.

Nach diesem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden wurde in die Beratung der ziemlich umfangreichen Tagesordnung eingetreten, in deren Verlauf verschiedene Berufsfragen behandelt wurden. II. a. galt die Erörterungen dem Thema der Rationalisationsfragen, der Preisprüfungsämter, der Schlachthofgebühren. Dabei wurde u. a. nach zum Ausdruck gebracht, daß der auch in der Presse immer noch aufrechterhaltene Standpunkt des Publikums, daß die Fleischpreise zu hoch seien, nicht richtig sei. Einzelne Redner versuchten an Hand der Rationalisation die Unrichtigkeit dieser Auffassung darzulegen. Verschiedentlich wurde man sich auch im Laufe der Erörterungen gegen die häufigen gegen Mitglieder der Innungen anhängig gemachten Verfahren wegen Wucher. Bei dem Punkt „Verschiedenes“ wurde eine Anregung, die Geschäfte an Sonntagen offen zu halten, lebhaft bekämpft. In diesem Sinne war man ziemlich allgemein der Ansicht, daß Ausnahmen höchstens auf dem Lande gebilligt werden könnten.

Für Abschaffung der Reichsrentensteuer. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Süddeutsche Handelskammerausschuß für Getreide- und Fremdenverkehr, Vorort Handelskammer Karlsruhe, neuerdings beim Reichsfinanzministerium für die restlose Beseitigung der Reichsrentensteuer eingesetzt. Es wäre zu wünschen, daß diese Inflationssteuer, die den Preise- und Fremdenverkehr außerordentlich hemmt, recht bald abgeschafft wird.

Kommunale Rundschau

Das Kino im Dienste der Verkehrspolizei. Seit einigen Tagen werden in den Freiburger Kinos die von der Polizeidirektion Freiburg zusammengestellten „Gebote für den Straßenverkehr“ während der Pausen auf die Leinwand gemalt. Es ist dies eines der neuzeitlichsten und eindrucksvollsten Mittel, um das Publikum zur besseren Beobachtung der straßenpolizeilichen Vorschriften zu erziehen. Die kurzen klarverständlichen Worte auf der Leinwand prägen sich leicht dem Gedächtnis ein und ermahnen Kraftfahrer, Fußgänger, Radfahrer und Fuhrknechte, auf der Straße aufzupassen und sich und andere vor deren Gefahren zu schützen. Da die Verkehrsgebote auf Veranlassung der Polizeidirektion Freiburg auch in allen Schulen, in den amtlichen und anderen vom Publikum stark besuchten Gebäuden angeschlagen sind, ist zu hoffen, daß sie bald Gemeingut werden, und hierdurch manches Verkehrsunglück verhütet wird. Wie wir erfahren, soll die Polizeidirektion Freiburg beabsichtigen, künftig auch Ausschreibungen, Anzeigen über verlaufene Kinder und vermählte Personen und dergl. in den Kinos zu veröffentlichen, um sie hierdurch zur Kenntnis eines größeren Personenkreises zu bringen.

Ein Flughafen in Offenburg? Wie man hört, ist der Fliegerverband an den Offenburger Stadtrat mit der Frage herangetreten, ob die Stadt Offenburg vermöge ihrer günstigen Lage nicht die Frage der Errichtung eines Landungsplatzes für Luftschiffe und Flugzeuge in Erwägung ziehen wolle.

Aus der Landeshauptstadt

Geheimrat von Babo †. Auf Schloß Egg bei Konstanz ist Wirkl. Geh. Rat Dr. Hugo Freiherr von Babo, der frühere Vorstand des Geheimen Kabinetts des Großherzogs, im Alter von 68 Jahren an einem Herzschlag gestorben. Er ist 1857 in Weisheim geboren und war vor seinem Eintritt in den Hofdienst Amtmann in Mannheim und Ministerialsekretär im damaligen Staatsministerium. Im Jahre 1890 trat er in das Geheimne Kabinett ein, zu dessen Vorstand er ernannt wurde. 22 Jahre hindurch übte er seine verantwortliche und beratende Tätigkeit für das damalige Großherzogliche Haus aus. Bald nach der Revolution, und zwar im Jahre 1920, siedelte er nach Schloß Egg über, wo er in großer Zurückgezogenheit lebte. 1896 wurde er zum Geh. Legationsrat, 1902 zum Geh. Rat 2. Klasse und 1906 zum Wirkl. Geh. Rat ernannt. Die Vererdigung findet am Samstag vormittag auf dem Friedhof in Altmannsdorf statt.

Der Verkehrsverein Karlsruhe e. V. verjendet soeben seinen 20. Jahresbericht, umfassend die Zeit vom 1. April 1923 bis 31. März 1924. Daraus ergibt sich, daß der Verein, der sich die Hebung des Fremdenverkehrs, sowie die Förderung der Verkehrsinteressen zum Ziele gesetzt hat, auch in jener Periode trotz ihrer recht unglücklichen verkehrspolitischen u. wirtschaftlichen Verhältnisse doch manche Erfolge aufzuweisen hat, und die seitiger weitere Betätigung der umsichtigen Leitung gibt die Gewähr, daß dieses Ziel auch weiterhin mit jähiger Energie verfolgt wird. Der Mitgliederstand hatte in der Inflationszeit natürlich eine beträchtliche Minderung erfahren, nämlich von 1000 auf etwa 600, ist aber jetzt wieder in erfreulichem Aufstiege begriffen, so daß auch finanziell wieder ein Zustand geschaffen wird, der dem angestrebten Ziel förderlich ist.

„Weltreisen“. Hinter den angeblichen „Weltreisenden“, die angeblich infolge von Beuten um die Erde wandern wollen, verbergen sich zuweilen Bagabunden. Drei solche „Weltreisenden“, die angeblich in anderthalb Jahren nach Kalifornien „wandern“ wollen, wurden in Fulda in einem von ihnen erbrochenen Winternagel vorgefunden und verhaftet. Sie haben in Mitteldeutschland verschiedentlich bei Behörden, Presse und Vereinen vorgeprescht, sich bewirten lassen und Unterstüßungen angenommen. Sie waren mit scharf geladenen Revolvern ausgerüstet und hatten gefälschte Ausweise bei sich. Die Untersuchung hat bereits ergeben, daß man es mit drei Gaunern zu tun hat.

Im dritten Sinfoniekonzert des — erheblich verstärkten — badischen Landestheaterorchesters, das Montag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr in der städt. Festhalle stattfand, wird der neue Operndirektor des Frankfurter Opernhauses, Prof. Clemens Kraus zum ersten Male hier dirigieren. Die Ursprunglich für dieses Konzert in Aussicht genommene IX. Wälscher-Sinfonie mußte infolge der dienstlichen Verbindung Kraus' (wie bereits bekanntgegeben) auf einen späteren Abend verlegt werden. An ihrer Stelle erscheint Brudners achte Sinfonie in c-moll, ebenfalls ein stolzes Werk der sinfonischen Literatur. Brudner's Freunde werden es besonders begrüßen, daß im Jubiläumsjahr nun auch diese Schöpfung, die in der Gesamtform des Meisters zweifellos den bedeutendsten Rang einnimmt, zu Gehör gebracht wird. Da die Aufführungsdauer des in riesenhafte Dimensionen für großes Orchester angelegten Werks allein etwa anderthalb Stunden Zeit beansprucht, kann an den Anfang des Programms nur noch ein kleineres Werk gestellt werden, und zwar ist Schubert's h-moll-Sinfonie in zwei Sätzen („Die Unvollendete“) vorgesehen. Diese Gegenüberstellung ist deshalb besonders interessant, weil in der „Unvollendeten“ schon alle Keime der Entwicklung schlummern, die gerade Brudner in seiner Achten zu vollstem Ausdruck gebracht hat.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Durbach, 3. Dez. Gestern abend brach in dem Zinken Lantenbach bei Durbach (Amt Offenburg) in den Wohn- und Ökonomiegebäuden des Hofbauern Andreas Kiefer Feuer aus, dem das ganze Anwesen zum Opfer fiel, trotzdem die Feuerwehr rasch zur Stelle war. Die Brandursache ist unbekannt.

DZ. Gamsbüch, 3. Dez. Bei der Verteigerung der hiesigen Gemeindegeld wurde dem Höchstbietenden die Jagd mit 4500 Mark zugekauft. Der Preis ist beinahe viermal höher wie der normale Friedenspreis.

DZ. Triberg, 4. Dez. Wie das „Echo vom Wald“ aus Triberg berichtet, hat der Verband der Uhrenindustrie den Schiedsgericht, den der Schlichtungsausschuß Donaueschingen am 25. November fällte, und der Lohnhergehungen vorkieft, abgelehnt. In Gegenwart des Landeschlichters werden infolgedessen am kommenden Freitag in Donaueschingen neue Verhandlungen stattfinden.

W. A. Frankenthal, 3. Dez. Das hiesige Schwurgericht verurteilte Frau Elisabeth Grund aus Wadenheim und ihren Liebhaber, den Auditor Panitzky Wöbels aus Waden, die angeklagt waren, den Tagelöhner Hermann Grund in Wadenheim am 13. Oktober 1921 ermordet zu haben, zum Tode. Der an dem Mord beteiligte Sohn Grund ist inzwischen gestorben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. Dez.		3. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.89	170.31	169.59	170.01
Kopenhagen 100 Kr.	74.01	74.19	73.71	73.89
Italien . . . 100 L.	18.22	18.26	18.25	18.29
London . . . 1 Pf.	19.60	19.65	19.52	19.56
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	23.08	23.14	23.05	23.11
Schweiz . . . 100 Fr.	81.18	81.38	81.10	81.30
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag . . . 100 Kr.	12.64	12.68	12.61	12.65

Zuteilung über 100 Prozent

Karlsruher Börse. (3. Dez.) Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Stimmung bleibt ruhig bei kleinem Geschäft. Weizen neue Ernte handelsüblich 24,5 bis 24,75, Roggen neue Ernte gesund handelsüblich 23 bis 23,5, Sommergerste je nach Qualität 25 bis 28, Hafer neue Ernte 17,5 bis 19, ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Mais mit Saft (Plata) 21,75 bis 22, Weizenmehl Mühlenforderung 38 bis 38,5, Roggenmehl Mühlenforderung 35 bis 35,5, zur Abnahme fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermittel 16,25 bis 17, Weizen- und Roggenkleie 13 bis 13,5, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreiber 20 bis 20,5, Malzkeime 16,75 bis 17, Speisestärke gelbfärbig 5,5 bis 6. Raufuttermittel: Lofes Wiesenheu, gut, gesund, trocken 8,5 bis 9, Luzerne 10,5 bis 11, Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 6 bis 6,25, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Viertreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Saft. Frachtparität Karlsruhe. Waggongpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Trotz guten Besuchs konnte lebhaftes Geschäft sich nicht entwickeln. In Weinen sind die Preise ohne wesentliche Veränderung. In Spirituosen herrscht Unsicherheit wegen der am 9. d. M. stattfindenden Weiratsung. Die Preise für Rohbrenntheine haben sich etwas ermäßigt. Für Edelbrenntheine in wirklich guten Qualitäten waren Preissteigerungen nicht zu machen. Kolonialwaren: Kaffee in Preise unverändert. Tee gut 7 bis 8,40, Tee mittel 6,60 bis 10,50, Tee fein 11 bis 13, alles per Kilo bezollt. Rangonoreis 0,44, Graupen 0,43, gelbe gepallene Erbsen 0,37, weiße ungar. Perlbohnen 0,48, Linsen mittel 0,70, amerikanisches Schweinefett 1,80, Salatöl 1,45, Kristallzucker 0,66 Kakaopulver inländisch 1,50, ausländisch 1,80, alles per Kilo.

Die Landwirtschaftliche Verwertungs- und Finanzierungs-Gesellschaft Freiburg i. Br. gibt zurzeit durch die Badische Banerbank Freiburg i. Br. und ihre sämtlichen Filialen die neuen Goldmarkaktien auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses vom 24. September 1924 aus. Die Zusammenlegung erfolgt durch Umtausch dergestalt, daß auf je 10 000 Mark alte Papiermark-Aktien eine neue Aktie im Betrage von 20 Goldmark gewährt wird. Aktienbeträge, die nach dem 15. Februar 1925 nicht zum Umtausch eingereicht sind, werden für kraftlos erklärt werden.

Verschiedenes

Direktor Angerstein selbst der Mörder von Haiger

Zu der Mordaffäre in Haiger wird von amtlicher Seite aus Siegen mitgeteilt, daß der Mörder in der Person des Direktors Angerstein selbst zu erblicken ist, der Mittwoch mit einem Geländebis abgelegt hat. Anfänglich leugnete Angerstein hartnäckig, die Tat begangen zu haben. Als ihn aber der die Untersuchung führende Oberstaatsanwalt in ein scharfes Kreuzverhör nahm, bewidelte sich Angerstein fortwährend in Widersprüche und brach schließlich zusammen, indem er unter Tränen zugab, daß er die gestern in seiner Villa gestüteten acht Personen vorsätzlich und mit Überlegung getötet habe. Die Ursachen der furchtbaren Tat sollen Angersteins Unterschlagungen infolge verfehlter Spekulationen sein. Die unterschlagenen Gelder soll Angerstein für Grundbillspekulationen gebraucht haben. Außerdem soll Angerstein Paralytiker sein. Angerstein hatte die grauenhafte Mordtat an seiner Familie und seinen Hausangestellten schon seit längerer Zeit planmäßig vorbereitet. Seine kranke, heftigere Frau hatte er schon am Samstag abend, also schon 24 Stunden vor dem Bekanntwerden des Verbrechens durch eine große Anzahl von Messerfischen umgebracht und darauf seine in einem Benzinraum wohnende Schwiegermutter, die Schwester seiner Frau, die spät in der Nacht von einem Ausflug heimgekehrt war, erschlug er unmittelbar nach ihrer Ankunft mit einem Beil. Als am folgenden Morgen um 7 Uhr der verheiratete Buchhalter Dithard und der 18 Jahre alte Büroangestellte Biel zur Arbeit im Büro erschienen, betraf sie Angerstein nacheinander in sein Zimmer, schloß dieses ab und schlug seine Opfer mit Weibhieben zu Boden. Diese grauenvolle Mordtat wiederholte er im Laufe des Vormittags nacheinander in der gleichen abscheulichen Weise an dem Sohn des Kunstgärtners Darr-Niederfeld und an einem Hilfsarbeiter, die beide auf dem Angersteinschen Grundstück mit Gartenarbeiten beschäftigt waren. Die Leiche des Dienstmädchens der Familie Angerstein wurde auf dem Boden in einer noch nicht ausgehauenen Siebelecke aufgefunden. Die Weine waren vom Mumpfe getrennt. Die bisher vermählte zehnjährige Nichte Angersteins, die sich seit kurzer Zeit in Haiger zum Besuch aufhielt, war am Tage vor dem Verbrechen bereits in ihre Heimat zurückgekehrt. Der Verwundung Angersteins hat sich inzwischen als weniger schwer herausgestellt.

Der Beginn des Gaarmannprozesses

Zu dem heute vor dem Schwurgericht Hannover beginnenden Prozeß gegen den Massenmörder Gaarmann und seinen Komplizen Grans wird gemeldet, daß Gaarmann des vorsätzlichen und mit Überlegung ausgeführten Mordes in 27 Fällen schuldig ist. Grans soll in zwei Fällen Gaarmann zur Tat angegiffen haben. Außerdem wird Grans noch wiederholter gewerbllicher Heherei beschuldigt. Im ganzen sind gegen 200 Zeugen geladen. Die Akten der Voruntersuchung umfassen annähernd 60 Bände.

Verurteilte Gesundheitsbetriebe

Die Leiterin der Lüberer Gemeinde der „Christlichen Waisenanstalt“, Frau Koch-Gebel, stand dieser Tage vor einem Lüberer Gericht unter der Anklage, den Tod eines 14-jährigen Knaben verursacht zu haben. Dem Knaben waren beim Überlecken eines Baumes Holzsplitter in den Unterleib gedrungen. Die Eltern des verunglückten Knaben schickten darauf zu der Frau Koch, die erklärte, daß sie den Knaben gesund beten werde. Da sich dessen Zustand immer mehr verschlechterte, ließen die Eltern 12 Stunden nach dem Unfall endlich zu einem Arzt, der eine beginnende Bauchfellentzündung feststellte, die zum Tode des Knaben führte. Der Arzt erklärte, daß bei sofortiger Operation der Knabe hätte gerettet werden können. Die Angeklagte urde zu einem Jahr Gefängnis und 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Zeitschriftenschau

Abel und Müllers Jugendkalender 1925. (Verlag Abel u. Müller Leipzig). — Dieser sehr zu empfehlende Abrechnungskalender hat die Größe jener künstlerischen Abrechnungskalender, die seit Jahren im Buchhandel zu haben sind. Ein Sonntagsblatt wechselt mit einem Blatt, auf dem die Wochentage verzeichnet sind. Am Kopf jedes Blattes befindet sich ein Kalendarium, das die Geburts- und Todesstage von Dichtern, Musikern und bildenden Künstlern enthält. Diese Bezeichnung entspringt der Absicht, vornehmlich zur Kunst und ihren Schöpfern innere Beziehungen herzustellen. So ist es selbstverständlich, daß auch äußerlich der Kalender ein schönes Gewand tragen muß. Das bunte Deckelbild mit seiner leuchtenden Farbigkeit wird nicht nur Kindern eine helle Freude sein, auch die Erwachsenen werden seine künstlerischen Reize zu schätzen wissen. Außerdem trägt jedes einzelne Blatt eine feine, außerordentlich feinschöne Rahmenzeichnung, die in vier verschiedenen Farben gedruckt ist, so daß auf diese Weise eine Abwechslung an-

Sieben erschien im Bad. Kommunalverlag in Karlsruhe der Badische Geschäftskalender für 1925, 73. Jahrgang der Originalausgabe, gegründet im Jahre 1852 von J. S. Geiger (Moritz Schauenburg) in Lahr. Dem neuen Jahrgang dieses Kalenders kommt dadurch eine erhöhte Bedeutung zu, daß er die derzeitige Zusammensetzung des Reichs- und Staatsbehörden und sonstigen Organisationen nach den im Laufe des letzten Jahres erfolgten sehr erheblichen Änderungen, insbesondere durch Zusammenlegung, Aufhebung und Personalabbau bis auf den neuesten Stand ergänzt, berücksichtigt. Auch sonst enthält der Kalender vieles für Behörden, Beamte und die Geschäftswelt Wissenswertes. Die große Zahl der Mitarbeiter und die sorgfältige Bearbeitung bietet Gewähr dafür, daß der Kalender ein unbedingt zuverlässiges Nachschlagewerk darstellt. Eine Karte des Landes Baden, 47/33 cm groß, mit der Einteilung des Landes in Landeskommissar-, Kreis- und Amtsbezirke in recht übersichtlicher Weise, ist beigegeben. Der Kalender, in grünen Leinenband gebunden, wird bei Bestellung bis 15. November zum Vorzugspreise von M. 1.50 (durchgeschossen M. 1.50) geliefert. Er ist somit billiger wie Konkurrenzkalender.

Staatsanzeiger

Das Gesetz zum Schutze der Republik hier

Verbot des „Süddeutschen Volksblattes“.

Die in Bretten, erscheinende Tageszeitung „Süddeutsches Volksblatt“, Redaktion, Druck und Verlag von Friedrich Esser in Bretten, wird auf Grund der §§ 8 Ziffer 2, 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von einer Woche bis mit 9. Dezember 1924 verboten.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckchrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1924.

Der Minister des Innern

J. V. Leers

Bekanntmachung

Sammlungen betr.

Gemäß Bundesratsverordnung v. 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung vom 24. Februar 1917 (Gesetz-Verordnungsblatt Seite 49) wird unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Erlaubnis erteilt, daß die Missionsdirektion der evangelischen Brüder-Unität durch ihre Vertreterin, Fraulein Martha Schettler aus Heidelberg, Geldsammlungen durch persönliche Werbung zugunsten der Mission der Brüdergemeine im badischen Staatsgebiet bis zum 31. März 1925 veranstaltet.

Die Sammelstätigkeit hat sich nur auf die Kreise zu erstrecken, bei denen ein besonderes Interesse an der Missionarbeit der Brüdergemeine und der Erhaltung des deutsch-evangelischen Christentums in der Weimarer Republik angenommen werden kann.

Die Spenden sind in eine von der Vertreterin Schettler mitzuführende Sammelliste einzutragen.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1924.

Der Minister des Innern

Kemmel

Der zwischen der abgeordneten Gemarckung Moosbrunn und der Gemeinde Freioldsheim, Amtsbezirk Rastatt abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung mit der Gemeinde Freioldsheim wurde mit

Wirksam vom 1. Januar 1925 die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 27. November 1924.

Der Minister des Innern.

J. V. Leers.

Mit Entscheidung vom 25. Juli 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarckung Wittenhard (Verenahof) mit der Gemeinde Wiesch (Amtsbezirk Engen) angeordnet.

Mit Entscheidung des Staatsministeriums vom 18. November 1924 tritt die Wirkung der Vereinigung erst zu einem noch vom Minister des Innern zu bestimmenden Zeitpunkte ein.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1924.

Der Minister des Innern

Kemmel

Der bayerischen Landeshaupfürsorgestelle für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 27. November 1924.

Der Minister des Innern

Kemmel

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Amtsgehilfe Karl Stoll an der Technischen Hochschule Karlsruhe zum Hausmeister daselbst.

Versetzt:

Schulinspektor Franz Eiber beim Kreis Schulamt Mannheim an jenes in Heidelberg und Schulinspektor Karl Bed beim Kreis Schulamt Heidelberg an jenes in Mannheim.

Aus dem Verein des Rechnungshofs:

Zurückgesetzt kraft Gesetzes:

Oberrechnungsrat Leopold Schmitt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute früh um 4 Uhr ist nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser teurer Vater und Großvater

Wirklicher Geheimerat
Dr. Hugo Freiherr von Babo
Exzellenz

im 68. Lebensjahr infolge Herzschlages sanft verschieden.

Konstanz-Egg, den 3. Dezember 1924.

Irma Freifrau von Babo, geb. Klein
Dr. Hugo Freiherr von Babo, Regierungsrat
Irma Freifrau Roeder von Diersburg, geb. Freiin v. Babo
Elisabeth Freifrau von Babo, geb. von Nicolai
Egenolf Freiherr Roeder von Diersburg, Landgerichtsrat
und drei Enkel.

Die Beerdigung findet auf dem Allmannsdorfer Friedhof am Samstag, den 6. Dezember, vormittags 9 Uhr, statt. D.816

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS

Voranzeige!

Nibelungen

I. Teil: „Siegfried“

vom 8.—11. Dezember 1924

II. Teil: „Kriemhilds Rache“

vom 16.—18. Dezember 1924

jeweils 7.30 Uhr abends

Unter Mitwirkung der **Polizeikapelle** unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters **Heisig** D.817

Vorverkauf: Musikhaus **Müller**, Kaiserstraße

Preise: **Mark 1.—, 1.50, 2.—, 2.50, Doppelkarten, gültig für beide Teile, nur im Vorverkauf, M. 1.70, 2.50, 3.20, 4.—**

Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise

Ende gegen 1/11 Uhr — Straßenbahnanschluß nach allen Richtungen

Wir erlauben uns, unsere verehrlichen Besucher höflichst darauf aufmerksam zu machen, daß es ratsam ist, sich Plätze im Vorverkauf zu sichern, da die Nachfrage groß ist. Vielseitig geäußerten Wünschen entsprechend, versenden wir auch Eintrittskarten per Post, gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf unser Postscheckkonto 29726. Porto ist zu vergüten. **Die Direktion.**

Siehe auch Anschlagssäulen

Badisches Landestheater.
Freitag, 5. Dezember. 7 b. g. 1/10 Uhr. M. 4.50.
G 10. Th.-Gem. 1501—1700, 2101—2300. Volksb. 3.
Kolportage.

Kammerspiele im Künstlerhaus.
Freitag, 5. Dezember. 7 1/2—9 1/2 Uhr. 4.—, 3.—, 2.—.
Th.-Gem. 3001—3300.
Doktor Guillotin.

Städtische Festhalle Karlsruhe.
Montag, den 8. Dezember 1924
Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Enden 9 Uhr.
Th.-Gem. Nr. 5001—6000, II. und III. Sondergruppe.
Unter Leitung des Operndirektors Professor

Clemens Krauss
Frankfurt a. M.
III. Sinfonie-Konzert
mit dem verstärkten Orchester des Landestheaters.
Vortragsfolge: D.815
1. Unvollendete Sinfonie h-moll. Franz Schubert.
2. VIII. Sinfonie c-moll. Anton Bruckner.
Saal Mark 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Suche für außerhalb
Hochwertige Gemälde
Gobelin und Teppiche
Fantasieangebote zwecklos.
Angebote **12363 Ala-Haasenstein & Vogler, Mannheim.** D.813

Pralinen- und Keksfabrik
sucht für Karlsruhe und Umgebung
tüchtigen, branchefundigen Vertreter
gegen hohe Provision.
Personen, die bei der in Frage kommenden Rundschaft bestens eingeführt sind und eine erfolgreiche bisherige Tätigkeit durch La Referenzen nachweisen können, wollen Angebote richten unter D. 814 an die Geschäftsstelle der Karlsruhe' Zeitung.

Ratschreiber
begw. — Gehilfe, der die Rechnung einer großen Gemeinde selbständig stellen kann, findet vorübergehend Stellung.
Anträge mit Lohnansprüchen vermittelt die Geschäftsstelle d. BL unter D.812.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
D.435. Durlach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Wilhelm Kastig in Forstheim ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen

ungen und zur Anhörung der Gläubigerversammlung auch über den vom Konkursverwalter mit Zustimmung des Gläubigerausschusses eingereichten Antrag auf Einstellung des Konkursverfahrens mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse auf: Dienstag, 16. Dez. 1924, vorm. 11 Uhr, in das Amtsgerichtsgebäude II. Stock, Zimmer Nr. 25, bestimmt.
Durlach, 29. Nov. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Konkursverteilung.
D.436. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Max Kemmann, Textilwaren in Rielingen wurde heute am 2. Dezember 1924, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner wegen Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit das Konkursverfahren beantragt hat. Der Bücherrevisor Ritt in Karlsruhe, Hans-Thomastr. 5 wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 27. Dezember 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem beschließenden Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und ein- tretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf Mittwoch, den 7. Januar 1925, vormittags 1/2, 11 Uhr u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 7. Januar 1925, vormittags 1/2, 11 Uhr, Abendsm. 8. II. Stock, Zimmer 150. — Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. Dezember 1924 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, 2. Dez. 1924.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 4.

Lieferung von Rheinbausteinen.
Die Lieferung von 500 cbm Rheinbausteinen frei Baggon Lagerplatz Ottenheim wird in 2 Losen zu je 250 cbm, einzeln oder zusammen, nach der Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922 öffentlich vergeben. Tagfahrt zur Vergabe ist auf Dienstag, 16. Dez. d. J., vorm. 11 Uhr, auf unserem Geschäftszimmer in Offenburg, Wilhelmstr. 2, festgesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Angebote postfrei und mit der Aufschrift „Steinlieferung“ versehen hierher einzureichen. Die Lieferungsbedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer auf, daselbst sind auch Vorbrude für die Angebote erhältlich. Zuschlagsfrist 4 Wochen. D.414. Offenburg, 29. Nov. 1924. Bad. Rheinbauamt.

Verchiedene Bekanntmachungen
Ball- u. Hopfenstangen-Versteigerung, D. 417
Das Staatliche Forstamt Freiburg versteigert am Dienstag, 9. Dezbr., vorm. 11 Uhr, im Gasthaus „zum Rägelesee“ in Freiburg aus dem Dienstbezirk des

Druck G. Braun, Karlsruhe.